

Biel
Sonntagsblatt, den 8. Februar 1919

Lodzer

Einzelverkaufspreis 20 Pf.

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die neugepallene Monopartizelle 20 Pf. — Ausland 50 Pf.
Die vorgepallene Allgemeine Zeitung 2 Pf. — Für Blätter und Sonderdruck

Abonnement: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 25 Pfennige, monatlich 5.— Mark

Nr. 38

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 84

2. Jahrgang

Die polnisch-deutsche Frage.

Eingreifen der Entente?

Berlin, 7. Februar. (P. A. T.)

Die Ententemächte haben beschlossen, daß nach Polen eine Kommission entsendet werden wird, die die Aufgabe hat, den Zusammenstoßen und Kämpfen zwischen Polen und deutschen Truppen ein Ziel zu setzen. Außerdem muß die Koalition darüber wachen, daß die deutschen Behörden in den polnischen Bezirken, die unter preußischer Verwaltung verbleiben, sich nicht vor Schluß der Friedenskonferenz in die Angelegenheiten des öffentlichen Lebens einmischen.

Der Vertreter des deutschen Vorsitzenden auf der Waffenstillstandscommission in Spa erklärte, daß die deutsche Regierung das Recht und die Pflicht habe, sich um die Ordnung des Landes und um das Wohlergehen ihrer Untertanen zu kümmern. Der gegenwärtige Augenblick fordert von Deutschland ein rasches Eingreifen in den östlichen deutschen Provinzen. Die Polen lassen sich den Deutschen gegenüber zu Gewalttaten und Vergewaltigungen hinreißen. Das tadelhafte Verhalten der polnischen Truppen und die Judenpogrome in Polen weisen deutlich darauf hin, daß dieser Staat etwas anderes ist, als ein Wall und eine Wehr gegen den Bolschewismus. Die den Deutschen von dort drohende Gefahr ist äußerst ernst.

Der Vorsitzende der französischen Kommission erklärte, daß den Deutschen in Kürze eingehende Weisungen in bezug auf die Ostgrenze zugehen werden.

Graf Ranhau an die Miseriter.

Berlin, 7. Februar. (P. A. T.)

Der Staatssekretär des Auswärtigen Graf Brodowski-Ranhau hat an die Stadtverwaltung von Mieseritz ein Telegramm gerichtet, in dem er versichert, daß die Regierung auf der Friedenskonferenz mit allem Nachdruck dafür eintreten werde, daß deutsche Gebiete, Wilsons Programm gemäß, nicht von Deutschland losgerissen werden. Weiter gibt Graf Brodowski-Ranhau seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Deutschen des Kreises Miseritz den sich vorziehenden "polnischen Banden" Widerstand leisten. Er hofft, daß es noch dem Eintritt der Verstärkungen gelingen werde, die Polen zurückzudrängen und die Ostgrenze von der ihr drohenden Gefahr zu befreien.

Die Pariser Verhandlungen.

Wilson vor der französischen Kammer.

Der sogenannte "Zehnerrat" hat in einer Sitzung im Ministerium des Auswärtigen die Beratung der griechischen Forderungen besprochen und Venizelos sowie den Minister des Neukera, Politis, vernommen. Nachmittags fand im Hotel Grillon unter Vorsitz Wilsons die erste Sitzung des Ausschusses für den Völkerbund statt. Auch die übrigen Kommissionen hielten gleichzeitig ihre ersten Sitzungen ab, so die Kommissionen für die Kriegsverantwortung im Ministerium des Innern, die Kommission für Häfen, Schifffahrt und Eisenbahnen im Ministerium für öffentliche Arbeiten und die Kommission für Reparationen im Finanzministerium. Nachmittags um 6 Uhr fand der feierliche Empfang Wilsons in der Kammer statt. Wilson hat eine Rede gehalten. Es ist seit 70 Jahren das erste Mal, daß ein fremder Staatsmann offiziell von der Versammlung der französischen Deputierten empfangen wurde. Das lechte Mal war es in den Revolutionen von 1848 der Fall, als die Herzogin von Orleans vor dem Parlament erschien. Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat Wilson in Gegenwart von Boissieu, Clemenceau und anderen bekannten Persönlichkeiten willkommen geheißen.

Aus Paris wird gemeldet, daß sowohl Bulgarien wie Serbien die Errichtung einer bulgarisch-serbischen Konföderation ins Auge fassen. Serbien ist gewonnen, bis zu einem gewissen Grade die bulgarische Ansprüche in Mazedonien anzuerkennen. Eine Autonomie Mazedoniens sei nicht ausgeschlossen. In diesem Fall würde Serbien es vorziehen, sich mit Bulgarien und Mazedonien zu einem Block zu vereinigen. In Paris ist besonders Venizelos für noch weitergreifende Einigungspolitik auf dem Ballon, aber, wie es scheint, mit Einschränkungen.

Die bolschewistische Gefahr rückt näher.

Eine Verstärkung in Warschau?

Die "Gazeta Warszawska" meldet, daß am Sonnabend, den 1. Februar, in Warschau eine Verschwörerversammlung der P. P. S., der Kommunisten und der Bündisten stattgefunden habe. Die P. P. S. vertreten: Varlicki, Perl, Haworewski, Thor und Radlo; die Kommunisten: Warlik, Leonow (Psiedorym) und Welhert; die Bündisten: Meder. Es kam zu einer vollständigen Verständigung zwischen den Bolschewiken und der bis vor kurzem am Ruder gewesenen Partei, die für polnisch galt. Es wurde beschlossen, unter dem Heer die Agitation zu organisieren, um es zu demoralisieren, und Agitatoren zu entsenden, die als Freiwillige in das Heer eintreten werden. Die Bolschewiki haben es übernommen, Geld zu besorgen.

Die "Gazeta Toronna" gab Donnerstag abend ein Extrablatt heraus, in dem sie nähere Einzelheiten über die bolschewistische Verschwörung angibt und die Teilnahme hoher Staatsbeamter, die Mitglieder der P. P. S. sind und noch in der gegenwärtigen Regierung sitzen, an derselben hervorhebt.

Deutschland trifft Abwehrmaßnahmen.

Berlin, 7. Februar. (P. A. T.)

Es wurde beschlossen, gegen die sich nähernenden Bolschewiken die östlichen Forts wieder in Verteidigungsstand zu setzen. Als Verteidigungslinie sind die Forts in Ostpreußen und der Umgebung von Eydruhnen, Lyck und Memel bestimmt worden.

Bolschewiki in Krakau.

Krakau, 7. Februar. (P. A. T.)

Die Männer melden, daß die Krakauer Polizei einen gewissen Sieniawski, Student der Medizin in Warschau, und Adolf Goldberg, Eisenbahner in Tarnow, verhaftet habe. Während der in ihren Wohnungen vorgenommenen Dauersuchungen wurde

Ungarns fälig. Er arbeitet in enger Verbindung mit dem Präsidenten Wilson.

"Daily Mail" meldet aus Paris: Wie verlautet, wurden bei der im Hotel Gillon am Freitag abgehaltenen Präliminarkonferenz für den Völkerbund mehrere wichtige Vereinbarungen zwischen den britischen und amerikanischen Delegierten erzielt. Die erste Abmachung wird wahrscheinlich die Preisgabe des Unterseeboots als Kriegsschiff sein. Die Engländer und Amerikaner empfinden als die beiden größten Seemächte, daß es ihre Pflicht ist, alle Meinungen der Marinesachverständigen über diesen Punkt einzuhören. Von manchen wurde angeregt, daß das Unterseeboot innerhalb der Dreimeilezone als Verteidigungsmittel verwandt werden könnte, aber die meisten befanden sich zu der Ansicht, daß es völlig abgeschafft werden müsse. Wie verlautet, werden die Grundsätze des Völkerbundes angenommen, daß die wirtschaftliche Waffe in Zukunft an die Stelle aller anderen Waffen tritt.

Der australische Premier Hughes erklärte beim Chefredakteur des "Matin", Stephane Lanzanne, daß die Regelung der Frage der deutschen Kolonien durch die Konferenz keine Lösung sei und daß er diese Regelung nie unterschreiben werde. Hughes fügte hinzu: Australien sei im Prinzip nicht gegen die Theorie der Mandatserteilung durch den Völkerbund, aber Neuseeland sei für Australien eine Lebensefrage, und es könne nicht abwarten, bis der Völkerbund organisiert sei. Es verlangt eine sofortige Lösung.

Nach dem Vortreter des "Secolo" in Paris erscheint demnächst eine Schrift Victor Vdards, welche die Nationalität für England, Frankreich und Belgien nachweist, in ihrem wohlvergessenen Interesse in Kamerun und Ostafrika an Stelle Deutschlands ein neues Kolonialreich zu schaffen, das an Wert, wenn nicht an Größe, dem verlorenen gleichkommen müsse. Geschehe dies

eine große Mengen bolschewistischer Aufrufe gefunden, die die erwähnten Personen auf Volksversammlungen in Krakau verteilt.

Archangelsk von Bolschewiki besetzt.

Kopenhagen, 7. Februar. (P. A. T.)

Das "Tagbladet" meldet aus London: Einer Meldung des Kriegsministeriums zufolge, haben die Bolschewiki Archangelsk erobert. Nach dreitägiger Beschießung haben die Entente truppen die Stadt geräumt und nördlich auf einer kurzen Front neue Stellungen bezogen. Die Entente truppen bestehen zum größten Teil aus Russen und Amerikanern.

Aus Wilna wird gemeldet, daß die bolschewistischen Truppen Wilno wieder besetzt haben.

30 Tote, 100 Verwundete in Bremen.

Bremen, 7. Februar. (P. A. T.)

Es wird bestätigt, daß die Zahl der Opfer während der Unruhen in Bremen 30 Tote und 100 Verwundete beträgt.

Monarchistische Bewegung in Ungarn.

Budapest, 7. Februar. (P. A. T.)

In Ungarn läuft sich seit einigen Tagen eine starke Bewegung der royalistischen Partei beobachten. In der Stadt Stuhlsheimenbergs brachte auf einer Versammlung Graf Josafat Trojanski, der Bruder des Präsidenten der ungarischen Republik, eine Entscheidung ein, die sich scharf gegen das neue System wendet. Nach Meinung des Antragstellers ist nur die Monarchie im Stande, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Bezeichnend ist es, daß auch der Regierungskommissar Kerenski für den Antrag stimmte, der mit großer Stimmenmehrheit angenommen wurde. Diese Entscheidung rief in Budapest ungeheure Entzürnung hervor, da man in ihr den Beginn einer osmanischen gegenrevolutionären Bewegung erblickt.

aber nicht, so würden aus Furcht vor der deutschen Agitation unter den Schwarzen die Ententemächte sich niemals ihres afrikanischen Kolonialbesitzes freuen können.

Die Annexionspolitik Frankreichs.

Unter dem Titel "Stimmen aus Elsaß-Lothringen" schreibt Marcel Cachin in der "Humanité": "Aus Elsaß-Lothringen vernehmen wir jetzt autorisierte Stimmen, die mit uns gegen die Annexionsehnsüchte unserer Regierung protestieren. In einem Artikel der Straßburger "Neuen Zeitung" protestiert Charles Frey gegen die Neben-Vichons und Franklin Bouillons vom 29. Dezember in denen die Annexion des Saarbeckens verlangt wurde. Frey weiß die ehrgeizigen Pläne unserer Regierung zurück und erachtet unsere Annexionisten, sich nicht bei Namens Elsaß-Lothringens zu bedienen, um Dinge zu verbreiten, die sich später gegen Frankreichs Interessen wenden dürften. Frey bemerkt ironisch, die französische Verwaltung entbehre der Vernunft, wenn sie die Deutschen aus Straßburg aussieht und die Preußen des Saargebiets zu Franzosen stempeln. Proteste dieser Art gelingen auch aus Wahlhäusern zu uns. Die dortigen Arbeiter haben wegen der Hungerlöhne, die ihnen jetzt bezahlt werden, repudiert und sind energisch vorgegangen. Sie haben der französischen Regierung gezeigt, daß die Befreiung vom deutschen Soße nicht eine Vergroßerung ihres Glends und ihrer Ausdeutung bedeuten darf."

Was Deutschland zahlen soll.

Posen, 7. Februar. (P. A. T.)

Die Pariser Zeitung "Victoire" vom 27. Januar schreibt: Deutschland muß Entschädigung zahlen für alles, was es während des Krieges vernichtet hat, und dies, so weit möglich, in Naturwerten; weiter muß die deutsche Großindustrie einschrankt werden, u. a. Deutschland

DEKRET.

Na wniosek Rady Ministrów postanowię nieważnym aż do odwołania, co następuje: winny uchylić się od służby wojskowej, do której zostanie powołany obwieszczeniem publicznem zarządzeniem odpowiedniej władzy, ulegnie karze więzienia od jednego roku. Do nakładania w drodze administracyjnej kar za poważne przestępstwo upoważniony jest minister Spraw Wewnętrznych, przy czym zastosowanie kary nie uwalnia skazanego od przemusowego zaliczenia do szeregu, o ile okaże się do służby wojskowej zdany.

Warszawa, dnia 4-go lutego 1919 roku

Naczelnik Państwa: J. PIŁSUDSKI.

Prezydent Ministrów: J. I. PADEREWSKI.

Kierownik Ministerstwa Spraw Wojskowych: WROCZYŃSKI,

pulkownik.

auf diese Weise zu verhindern, sich die Weltmärkte zu erobern. Ueberdies muss der Anteil der Deutschen in elsässischen, lothringischen, polnischen und rumänischen Unternehmungen zur Entschädigung herangezogen werden. Weiter verlangt das Blatt die Belebung der Fahne und Kanal-Arbeiten Deutschlands mit einer Steuer von 20 und des deutschen Exports und Imports mit einer Steuer von 10%.

Die Berner Sozialistenkonferenz.

Braning gegen Annexionismus und für das Selbstbestimmungsrecht.

Der Internationale Sozialistenkongress wurde am 3. b. M. eröffnet. Erschienen sind 80 Delegierte aus 21 Ländern: Deutschland, Groß-Lotringen, Österreich-Ungarn, Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Finnland, Böhmen, Rumänien, Polen, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Polen, Estland, Polen, Bulgarien u. w. Erwartet werden noch die Vertreter von 17 Staaten, darunter Spanien, Serbien und Japan. Belgien und die Vereinigten Staaten verhalten sich weiterhin ablehnend.

Henderson schilderte in seiner Gründungsansprache die Schwierigkeiten, die einer internationalen Konferenz bei Kriegsausbruch entgegenstanden, und betonte, daß die jetzige Konferenz auf die Friedensverhandlungen einwirken werde und den Interessen der Arbeiterschaft dienen sollte. Zur Überprüfung hätten nur 14 Tage zur Verfügung gestanden, worauf die Kritik Rückicht nehmen möchte. Auf Vorschlag von Henderson wurde Branling zum Präsidenten der Konferenz gewählt, während auf Vorschlag von Huns-mans der Holländer Bibaut und der Argentinier Justo zu Vizepräsidenten gewählt wurden. Als Vertreter der Centralmächte wurde der österreichische Seitz, und als Vertreter der Entente Henderson zu Vorsitzenden ernannt.

Branling nahm die Wahl zum Präsidenten als Beweis der Anerkennung für die von neutraler Seite, besonders von Schweden, während des Krieges unternommene Schritte zugunsten der Internationalen an. Er verbreitete sich sodann über die politische Lage und über die Aufgabe der Konferenz. Branling führte u. a. folgendes aus:

Der Krieg, der die Welt verheert hat, war nur möglich innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, welche immer bestrebt war, die Interessen abzuschaffen. Die Versuche, welche bis zum letzten Monat gemacht wurden, die Internationale zum gemeinsamen Widerstand gegen den Krieg zu vereinigen, sind vollständig gescheitert. Es muß jetzt ein Anfang sein, währenddessen die Centralmächte in der Welt einnehmen, von welcher Seite et auch kommen mag, aufzutreten im Namen der gesamten sozialistischen Demokratien in Europa und einstmals Friedensbedingungen zu fordern für die neuen Republiken, welche aus den Ruinen der alten Kaiserreiche entstanden sind. Schon die von einer Konferenz der Entente-Sozialisten im Februar 1915 hat bestont, daß der Krieg nur gegen die deutsche Regierung und nicht gegen das deutsche Volk geführt. Es wäre unfair, wenn jetzt die Arbeiterklasse wegen der von ihr nicht begangenen Verbrechen ganz verblüht würde, und es wäre mit der Zivilisation unvereinbar, wenn die Arbeiterklasse ja zu schwerer Arbeit verurteilt würde. Für den Sieger ehrloswohl wie für den Besiegten muß als ein ge-dauerhafter Grundlage gelten das Selbstbestim-mungsrrecht der Nationen.

Wilson hat es unterzeichnet mit seinen 14 Punkten Kurzlistu der Centralmächte und Politiker

Kralau. Von der Presse. Heute ist hier die erste Nummer der Tageszeitung „Illustrowany Dziennik Polski“ erschienen.

Letzte Nachrichten.

Der zeitweilige Generalstabschef.

Warschau, 7. Februar. (P. A. T.) Die Funktionen des Chefs des Generalstabes wurden vertretungsweise dem Obersten Stanislaw Haller, früherer Oberst des Generalstabes der österreichisch-ungarischen Armee, übertragen. Oberst Stanislaw Haller ist ein Vetter des Generals Josef Haller.

Um Polens Grenzen.

Warschau, 7. Februar. (P. A. T.) Bericht des Generalstabes des polnischen Heeres:

Woiwodniens: Gruppe des Generals Szmigly: Ein Panzerzug mit einer Abteilung Infanterie und Kavallerie siedelt im Kampfe mit dem Feinde bis Powurz vor und waren ihn auf das östliche Ufer des Stochod zurück. In Powurz wurde eine bedeutende Menge Eisenbahnmaterial, Waffen und Munition erbeutet.

Ostgalizien: Gruppe des Generals Römer: In der Gegend von Besce kleine Patrouillenzusammenstöße.

Gruppe des Generals Rozwadowski: Unsere Artillerie zwang einen feindlichen Panzerzug, der Lemberg beschoss, zum Rückzug. Auf den anderen Abschnitten schwache Artillerie-Tätigkeit und Patrouillengeschäfte.

Tschener Schlesien: Die Lage ist unverändert.

Der Chef des Generalstabes
F. B. Haller, Oberst.

Der Posener Heeresbericht.

Posen, 7. Februar. (P. A. T.) Der Posener Heeresbericht vom 7. Februar lautet:

An der Nordfront ist die Lage unverändert.

Westfront: Prostow und Kolno wurden von der deutschen Artillerie beschossen. Wierzyce südlich von Bzownica wurde von starken deutschen Abteilungen angegriffen. Unsere Truppen schlugen den Angriff ab. Auf der Verfolgung des fliehenden Feindes eroberten sie Przeprotnik und brachten in den südlichen Teil von Bzownica ein, von wo sie mit erheblicher Beute sich wieder auf die früheren Stellungen zurückzogen. Nachmittags bei Bzownica und Neu-Kranz Patrouillenzusammenstöße und lebhafte Artillerietätigkeit.

Südfront: Östlich von Lissa kleinere Gefechte und Artillerietätigkeit. Der Angriff eines Panzerzuges wurde abgewiesen. Bei Lissa herrscht Ruhe.

Der Chef des Generalstabes.

Polnisch-deutsche Kämpfe.
Breslau, 7. Februar. (P. A. T.) Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, haben die Polen das Bahngleise Pojaznowo-Nawiec angegriffen. Aus diesem Grunde ist der Bahnhof zwischen Breslau-Lissa sowie auf der Linie Pojaznowo-Nawiec unterbrochen. Friedtischewiler und Sarny bei

Nawiec sind in deutschen Händen. Unterhalb Wiesentowa haben die Polen das Bahngleise besetzt. Ein Gegenangriff der Deutschen ist im Gange. Die beschädigte Bahnstrecke wird ausgebessert. In den Kämpfen nimmt ein Panzerzug aus Lissa teil. Unsere Truppen, im Kampfe von dem Eisenbahnpersonal und der Volkswehr aus Lissa unterstützt, werden sich, wenn sie nicht bald Hilfe bekommen, zurückziehen müssen. Wenn die Polen dort die deutsche Front durchbrechen, steht ihnen der Weg nach Breslau und Liegnitz offen. Niederschlesien ist dann bedroht. An der oberschlesischen Grenze stehen mehrere tausend Polen bereit, in Schlesien einzurücken.

Die Tschecho-Slowaken verlangen Kriegsentschädigung.

Posen, 7. Februar. (P. A. T.) Hierher wird gemeldet, dass die tschecho-slowakischen Delegierten nach dem Beispiel anderer kleiner Nationen Kriegsentschädigung fordern werden.

Der deutsche A. und S.-Zentralrat und die Nationalversammlung.

Posen, 7. Februar. (P. A. T.) Der deutsche Zentralrat der A. und S.-Räte sandte an die deutsche Nationalversammlung in Weimar eine Erklärung, in welcher u. a. folgendes gesagt ist: die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Deutschen Republik gestaltete sich schon vor der Revolution als ein Ding der Notwendigkeit. Die Nationalversammlung hat die Aufgabe, Deutschland in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht wieder aufzubauen, sowie die Durchführung einer Neuerhaltung des ganzen Deutschen Reiches. Die Nationalversammlung darf in dieser Arbeit durch die einzelnen Landtage der Bundesstaaten nicht gehemmt werden. In der Hoffnung, dass es der Nationalversammlung gelingt, ihre Macht voll und ganz durchzuführen, tritt der Zentralrat seine Gewalt an die Nationalversammlung ab.

Schweres Eisenbahnuunglück.

Posen, 5. Februar. (P. A. T.) Über die Katastrophe in Wy'oszycy bei Jarocin werden folgende Einzelheiten gemeldet: Heute um 6.35 Uhr morgens fuhr der Schnellzug Warschau—Posen in den auf der Station Witoszyn rastierenden Güterzug. Beide Lokomotiven sowie 3 Wagons des Schnellzuges und 3 des Güterzuges wurden zertrümmert. In einem Schlafrabatt des Schnellzuges reisten in amischer Angelegenheit die Direktoren der Warschauer Eisenbahnen, die Herren Gryszewski und Tomaszewski nach Posen, die bei dem Zusammenstoß getötet wurden. Die Zugführer beider Züge, Gisler und Marzner kamen ebenfalls ums Leben. Unter den Verwundeten befinden sich die Herren Koziarski, Michalski und 7 Fahrbäume. Die Ursache des Zusammenstoßes war, wie es scheint, in dem Leichtsein der Stationsbeamten, welche, die Verstopfung des Schnellzuges bemerkend, mit dem Manövieren des Güterzuges begannen. Zwei von den Beamten wurden verhaftet.

Streik in Hamburg.

Hamburg, 7. Februar. (P. A. T.) Der A. und S.-Rat befahl das rote Banner auf dem Telegraphenamt zu hissen. Der Direktor, der sich die

sem Befehl widersetzt, wurde verhaftet. Die Beamten und Beamtinnen der Telephonbehörde veranlassten durch Einstellung der Arbeit eine Protestkundgebung, wodurch die telephonische Verbindung mit Hamburg unterbrochen wurde. Die Telegraphenbeamten wollen ebenfalls in den Ausstand treten.

Gastbefehl gegen Dr. Levy.

Berlin, 7. Februar. (P. A. T.) Es wurde ein Gastbefehl gegen Dr. Levy, den Freund Liebknechts und Organisator des Berliner Spartacusbundes erlassen. Levy wird stachelschärflich verfolgt.

Versuchte Plünderei eines Konfektionshauses.

Magdeburg, 7. Februar. (P. A. T.) In der Nacht zum 6. Februar versammelten sich auf einer der Straßen gegen 500 Personen, um ein Konfektionshaus zu plündern. Da der Wohlfahrt der Aussöderung, auszugehen, nicht nachsam, gab die Wache Feuer. Die Zahl der Gelöste und Verwundeten ist bedeutend.

Wilson reist nach Brüssel.

Genf, 7. Februar. (P. A. T.) Wilson reist am Sonnabend nach Brüssel und von dort nach Lüttich.

Das Warenausfuhrverbot in England aufgehoben.

Laibach, 7. Februar. (P. A. T.) Die „Slowenische Straße“ berichtet, dass in den letzten Tagen in England das Ausfuhrverbot für Waren nach den Südstaaten aufgehoben worden ist. Von dort aus werden dann englische Waren und Materialien ungehindert nach Jugoslawien ausgeführt werden können.

Kirchliche Nachrichten.

Baptisten-Kirche, Nawrotstraße.

Sonntag, vormittags 10 Uhr: Predigtgottesdienst

Stadtmisionar R. Jordan.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst

Stadtmisionar R. Jordan.

Am Anschluss Verein junger Männer

und Jungfrauenverein.

Montag, abends 7 Uhr: Gebetsversammlung.

Donnerstag, nachmittags 4 Uhr: Frauenpredigt.

abends 7 Uhr: Bibelschule.

Baptisten-Kirche, Rzgowska-Straße.

Sonntag, vormittags 10 Uhr: Predigtgottesdienst

und Abendmahl. Prediger Götz.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst.

Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr: Frauenverein.

Mittwoch, abends 6 Uhr: Gebetsversammlung.

Freitag, abends 6 Uhr: Bibelschule.

Beispiel der Baptisten, Baluth,

Alexa brownska-Straße 60.

Sonntag, vormittags 10 Uhr: Predigtgottesdienst.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Predigtgottesdienst.

Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Bibelschule.

Christliche Gemeinschaft.

Kosciuszko Allee 57 (Promenadestr. Nr. 11).

Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: Evangelisationsvorlesung.

Montag, abends 7 1/2 Uhr: Evangelisationsvorlesung